



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)**

596 (23.12.1930) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-355769](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-355769)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: Durch Träger frei Haus monatlich RM. 4.—, in weiteren Gesellschaften ab RM. 2.50, durch die Post RM. 3.—, auswärts halbjährlich RM. 15.—, einjährlich RM. 28.—, Kassenpreis: Reichsstraße 8, Kronprinzenstraße 42, Schwägerstraße 10/11, Marktstraße 14, Hohe Reichsstraße 4, Poststraße 10, W. Oppauer Straße 8, Se. Sülzentrade 1. — Erscheinungswort: wöchentlich 12 mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-4. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 51. Postfachkonto: Karlsruher Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Rema zeit Mannheim

Wagenpreis: Im Einzelheft DM. — 40 die 32 mm breite Colonette; im Heftformat DM. 1.— die 70 mm breite Seite. Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Kosten besondere Preise. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telefonische Aufträge keine Gewähr. — Gerichtsstand Mannheim.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 23. Dezember 1930

141. Jahrgang — Nr. 596

# Der Wirtschaftsplan der Sowjetunion

### Die Moskauer Berichterstattung über das dritte Jahr des Fünfjahresplanes - Zweckoptimismus ist besser als Zweckpessimismus

## Fünfjahresplan in 4 Jahren?

Telegraphische Meldung

Moskau, 22. Dez.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet:

Die im Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zum Bericht Kuibyschew angenommene Entschliessung über den Fünfjahreswirtschaftsplan für 1928 behandelt die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Fünfjahresplans und zeichnet die Entwicklung der Wirtschaft im dritten Jahr vor. 1928/29 hat die Hutterproduktion der Staatsindustrie eine Zunahme von 25 Prozent erlitten. Für 1929 ist eine Zunahme von 45 Prozent gegenüber 1928 vorgesehen. Das bedeutet,

dass die Ausführung des gesamten Fünfjahresplans für die industrielle Produktion bereits im dritten Jahr zu 70 Prozent erreicht wird, für die Schwerindustrie zu 80 Prozent.

Die Fonds der Waren des täglichen Bedarfs werden auf 14,9 Milliarden Rubel veranschlagt, gegenüber 11,5 Milliarden im Jahre 1928, der mit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion der Kleinhandelsumsatz um 30 v. H. gegenüber dem Vorjahre steigen wird. Für Großbauern der Industrie und für die Elektrifizierung sind 7470 Millionen angesetzt. Die Gesamtleistung aller im Betrieb befindlichen Kraftwerke soll auf 45 Millionen Kilowatt gebracht werden, die Stromerzeugung auf 12,7 Milliarden Kilowattstunden gegenüber 8,8 im Jahre 1928. Die Zahl der Arbeiter soll sich um 20 v. H., die Arbeitsproduktivität um 25 v. H. steigern, dagegen fallen die Beschäftigten der Produktion um 10 v. H. sinken.

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten wird für 1931 auf 16 Millionen veranschlagt, gegen 14 Millionen dieses Jahres.

Der Arbeitslohn soll sich gegenüber 1928 für Industriearbeiter um 8 Prozent und für die Eisenbahner um 8 Prozent erhöhen. Demgemäß wird der Jahreslohn des Arbeitnehmers auf 15,8 Milliarden Rubel festgelegt, gegen 12,5 Milliarden 1928. Der Fonds für die Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte soll 2138 Millionen Rubel betragen gegen 1666 Millionen für 1928.

Die Höhe des Gesamtbetrages zur Verbesserung der Lebensbedingungen wird gegenüber 1928 auf 250 Millionen Rubel verdoppelt.

Ende 1931 soll für alle Eisenbahnarbeiter und für mindestens 90 Prozent der Industriearbeiter der Wochen-Stundenlohn eingeführt sein. Die fünfstufige Arbeitswoche wird für Arbeiter der Industrie, des Bergbaus und der Textilindustrie mit Ausnahme der Textilindustrie eingeführt. Die Kapitalanlagen für Wohnungsbau aller Art sowie der sozialisierten Volkswirtschaft soll die Höhe von 1100 Millionen Rubel gegen 82 Millionen Rubel dieses Jahres erreichen.

### Für das Bildungswesen,

den Gesundheitsdienst und die Sozialversicherung werden 65 Milliarden Rubel ausgeworfen werden. Hinsichtlich der Landwirtschaft steht die Entschliessung eine Ausdehnung der Kollektivierung im Jahre 1931 auf die Ukraine, den nördlichen Kaukasus, das Nieder- und Mittelschwabenland vor, die im Durchschnitt mindestens 90 Prozent der Bauernwirtschaften umfassen soll. Dies bedeutet für diese Gebiete im wesentlichen die Kollektivierung der Kollektivierung und die Kollektivierung der Kollektivierung als Klasse. Für die übrigen Getreidegebiete ist eine Kollektivierung von 30 Prozent der Bauernwirtschaften, für die Getreidekollektivierung Gebiete eine solche von 25 Prozent der Getreidewirtschaften in Aussicht genommen. Bis zum 1. Dezember 1930 waren in allen Gebieten der Sowjetunion in allen Landwirtschaftswirtschaften mehr als 8 Millionen Bauernwirtschaften beziehungsweise 24 Prozent der Getreidewirtschaften, in den wichtigsten Getreidegebieten sogar 40 Prozent. Der Gesamtumfang sämtlicher Saatflächen soll auf 140 Millionen Hektar gebracht werden. Davon wird die Ausdehnung des sozialisierten Bestandes 75 Millionen Hektar betragen gegenüber 48 Millionen Hektar 1928.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich

Telegraphische Meldung

Berlin, 22. Dez.

In der ersten Hälfte des Monats Dezember hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung die Zunahme der Arbeitslosigkeit und überwiegend jahreszeitlichen Gründen weiter angehalten, jedoch wiederum nicht das alte Ausmaß erreicht, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Hauptunterstützungsmöglichkeiten zeigen vom 30. November bis 15. Dezember eine Zunahme um rund 158 000 auf rund 37 000 in der Arbeitslosenversicherung, um rund 37 000 auf rund 603 000 in der Arbeitslosenversicherung. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich der Zugang an Hauptunterstützungsmöglichkeiten in der Arbeitslosenversicherung auf 233 000, womit am 15. Dezember 1929 ein Stand von rund 1 403 000 erreicht wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am 30. November auf rund 3,7 Millionen (berichtigte Zahl); bei der Zahlung am 15. Dezember ergab sich ein Anstehen um rund 273 000 auf rund 3 977 000. Die entsprechende Zahl Mitte Dezember des Vorjahres belief sich — nach einer Zunahme um rund 220 000 — auf rund 2 823 000. Ein nicht genau erfassbarer Teil der Verbesserung der Arbeitsmarktlage gegenüber dem Vorjahr beruht auf der besseren Einstellung der Vollzeitarbeiter sowie auf dem von der wirtschaftlichen Not erzwungenen Abgang zahlreicher — früher nicht als Arbeitnehmer tätiger — Kräfte zum Arbeitsmarkt.

## Beilegung des Lohnkonflikts in der hannoverschen Metallindustrie

Telegraphische Meldung

Hannover, 22. Dez.

Die gestrigen Verhandlungen im Lohnkonflikt in der hannoverschen Metallindustrie, die sich im Reichsarbeitsministerium etwa 10 Stunden hinzogen, haben unter Vorsitz von Dr. Heilmann zu einer

Der gesamte Güterverkehr auf den Eisenbahnen wird auf 200 Millionen Tonnen veranschlagt, während für das letzte Jahr des Fünfjahresplanes 181 Millionen vorgeesehen waren.

Die Kapitalanlagen im Transportwesen werden auf 3180 Millionen Rubel festgelegt. Für das Zivilflugwesen sind 130 Millionen Rubel und für Post und Telegraphie 360 Millionen Rubel veranschlagt. Das Volkseinkommen der Sowjetunion wird für 1931 auf 40 Milliarden Rubel veranschlagt, was eine Zunahme von 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Kapitalanlagen des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft sind mit 17 Milliarden Rubel festgelegt gegen 10 Milliarden 1928.

Die Einnahmen des Staatsetats werden mit 21,2 Milliarden, die Ausgaben mit 19,7 Milliarden in Aussicht genommen.

Ein einseitiger Finanzplan, der Staatsetat, Kreditplan und die Einnahmen der Wirtschaftsanstalten

## Kellogg über seine Eindrücke in Europa

Telegraphische Meldung

Remork, 22. Dezember.

Der frühere Staatssekretär Kellogg, der mit dem Vondampfer „Dremon“ hier eintraf, erklärte, die verantwortlichen Staatsmänner Europas beteiligten sich nicht an dem dortigen Kriegsausschuss, das eine Folge der wirtschaftlichen Depression sei und sprächen auch nicht davon, diese Probleme durch Krieg zu fördern. Niemand könne allerdings voraussagen, daß es niemals wieder Krieg geben werde, aufgrund seiner Eindrücke könne er jedoch feststellen, daß es niemals eine Zeit werden habe, in der europäische Staatsmänner soziale Schritte unternehmen hätten, um einen Krieg zu vermeiden. Man habe ihn über seinen Eindruck von dem Ausfall der deutschen Wahlen gefragt, und ob die Zustände in Deutschland nicht auf eine Wendung zu einem Konflikt hindeuteten. Er habe das verneint, denn wo wäre Amerika, wenn jedermann

Einigung geführt. Zwischen den Parteien ist vereinbart worden, daß die Tarifminderungen um 25 Proz., die Löhne von Arbeitern, die Zulagen erhalten, um 5 Proz. gesenkt werden. Bei den Akkordarbeitern betragen die Kürzungen 7½ Prozent. Diese Sätze treten mit Wiederaufnahme der Arbeit, die möglichst sofort zu erfolgen hat, in Kraft.

Wahrgelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht erfolgen. Die Wiedereinstellungen haben im Einvernehmen mit dem Betriebsrat zu erfolgen. Die Einstellung von fremden Arbeitern ist bis zum 31. März 1931 nicht eher zulässig, bevor nicht die alten Arbeitskräfte wieder Beschäftigung gefunden haben. Der Streikläufer läuft bis zum 31. Januar 1931 weiter. Inzwischen soll versucht werden, Grundlagen für einen neuen Tarifvertrag zu finden.

### Lohnvereinbarung in Breslau

— Berlin, 22. Dez. Im Ruhrgebiet der Breslauer Metallindustrie fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 22. November d. J. statt. Die Parteien schlossen eine Vereinbarung, wonach mit Wirkung vom 15. Dezember 1930 die bisherigen Lohnsätze für die gelerntten und angehenden Arbeiter um 6 Prozent, für die ungelerten Arbeiter um 5 Prozent, für die Frauen um 4 Prozent und die bisherigen Akkordlöhne um 6 Prozent festgesetzt wurden.

### Abgelehnter Braunkohlen-Schiedsspruch

— Halle, 22. Dez. Der im Arbeitszeitkonflikt des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus gefällte Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern heute abgelehnt worden. Die Arbeitgeber haben darauf den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung gestellt. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zu Neuverhandlungen für den 30. Dezember vorgeladet nach Berlin geladen.

tion umfaßt, steht Einnahmen in Höhe von 31,1 Milliarden Rubel und Ausgaben von 29,6 Milliarden Rubel sowie Erfüllung staatlicher Lieferungen in Höhe von 15,6 Milliarden Rubel vor. In der Entschliessung wird festgelegt,

daß das Jahr 1931 entscheidend für die Verwirklichung der Forderung des Fünfjahresplans in vier Jahren sein werde.

In der Sowjetunion habe sich der sozialistische Sektor eine absolute beherrschende Rolle in der Volkswirtschaft gesichert, und das Land sei in die Periode des Sozialismus eingetreten. Die Ausführung des Fünfjahresplans der Kollektivierung werde den sozialistischen Elementen das absolute Übergewicht über die kapitalistischen Elemente auf dem Lande geben, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Massen der Bauernwirtschaft festigen und den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion vollenden.

in der Welt ernst nehmen, was während der amerikanischen Wahlkampagne gesagt wurde. Die hauptsächlichsten Probleme in Europa seien im Augenblick die Steuer- und Rüstungsfragen, sowie die Arbeitslosigkeit. Das wichtigste Mittel zur Sicherung des Friedens sei die Durchsetzung der Landabrüstung und er sei der Meinung, daß die alliierten Mächte zur Abrüstung verpflichtet seien. Er habe starke Hoffnungen in dieser Hinsicht und glaube, daß die europäischen Mächte diese Hoffnung teilen. Er sei der Meinung, daß innerhalb ein oder zwei Jahren eine Abrüstungskonferenz stattfinden werde.

Auf die Frage, ob er der Ansicht sei, daß Rußland den Frieden bedrohe, erwiderte Kellogg, er denke in diesem Punkte weniger Bedenken.

\* Reichsfinanzminister Dietrich wird am 6. Januar auf der Dreifundigtagung der württembergischen Staatspartei ein grundlegendes Referat über das Arbeitslosenproblem halten.

## Der Vergleich von Leipzig

Der Reichsinnenminister und der Thüringische Staatsminister haben in Leipzig einen Vergleichsfrieden geschlossen. Man kann heute offen davon sprechen, daß dieser Vergleich vor dem Reichsgerichtspräsidenten Bäumle, dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, nicht im Hundstunde zuhause gekommen, sondern von längerer Hand vorbereitet worden ist. Andererseits hätten sich die Parteien wohl nicht so rasch über die Streitpunkte geeinigt. Der Ausgangspunkt der Vergleichsbemühungen liegt mehrere Wochen zurück. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth sagte, daß seine Stellung in diesem peinlichen und unerschiedlichen Streit nicht sehr hart war. Man sah in seinem Ministerium der Entscheidung durch den Staatsgerichtshof in Leipzig offenbar nicht mit sehr großer Zuversicht entgegen. Trotz aller nachträglichen Bemühungen war der Beweis schwer zu erbringen, daß die Verhältnisse in der Thüringer Volkzeit den Vereinbarungen über die Zahlung von Reichsgeldscheinen zu den Volksgeldern der Länder widerstehen. Man suchte deshalb im Reichsinnenministerium die Beweiserhebung immer weiter hinauszuziehen und den Entscheidungstermin zu verschleppen. Dem Reichsfinanzminister wurde vorgeschlagen, daß der Reichsminister dem Reichsinnenministerium und der Thüringischen Regierung sich auf diese Weise immer mehr verschlimmern müsse und das wachsende Erbitterung und Verbittern im Inneren die unermessliche Folge sei. Der einzige Ausweg aus dieser schwierigen Lage war und blieb eine schiedsrichterliche Auseinandersetzung, die dem auf die Dauer unerträglichen Kampf ein Ende macht.

Von dem Augenblick ab, in dem die Vorstellungen der Volkspartei erfolgten, deherten die Vergleichsverhandlungen hinter den Kulissen. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth möchte einsehen, daß der von Severing begonnene Vorstoß gegen die Thüringische Regierung nicht erfolgreich bis zum Ende durchgeführt werden konnte. Es kam hinzu, daß ihm auch die Länder mehr und mehr die Gefolgschaft gegen Thüringen verweigerten. Sogar die preussische Regierung war vorläufig genug, das Vorgehen des Reichsinnenministeriums gegen Thüringen nicht bis zur letzten Konsequenz mitzumachen, obgleich Severing inzwischen die Leitung des preussischen Innenministeriums übernommen hat. Wäre es zu dem Entscheidungstermin am 22. Januar gekommen, so hätte der Vertreter Preussens voraussichtlich ein Gutachten erlassen, das den Schlussfolgerungen des Reichsinnenministeriums nicht rechtlich gefolgt wäre. Es regte sich unter den Ländern doch ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Sperrgesetze im Reichsinnenministerium als gemeinsame Gefahr erkannte und gegen sie Front machte. Unter diesen Umständen blieb dem Reichsinnenminister Dr. Wirth schließlich gar nichts anderes übrig, als den Rückzug anzutreten und den vielen Forderungen, die er gegen Thüringen angeordnet hatte, namentlich die Schamade folgen zu lassen und sich mit den Vergleichsverhandlungen einverstanden zu erklären.

Die Zustimmung zu den Vergleichsbedingungen mag ihm nicht sehr leicht gefallen sein. Denn in der Sache selbst bedeutet der Vergleich einen vollen Erfolg für Thüringen. Die Sperrung der Zuschusszahlung an den Volksgeldern Thüringens wird aufgehoben und die bisher zurückgehaltenen Beträge werden nachgezahlt. Von irgendwelchen Bedingungen oder Voraussetzungen, unter denen dies geschieht, ist nicht die Rede. Das Land Thüringen konnte deshalb seinen Antrag zurücknehmen, denn der Zweck des Antrags ist durch den Vergleich voll erreicht worden. In grundsätzlicher Beziehung ist das Reichsinnenministerium sogar einen Schritt zurückgewichen. Die Sperrung der Volksgeldzuschüsse an das Land Thüringen ist vom Reichsinnenministerium mit dem nach seiner Ansicht verfassungswidrigen Charakter der nationalsozialistischen Partei begründet worden. Die ganze Beweiserhebung ist darauf hinaus, daß ein Nationalsozialist wegen seiner verfassungswidrigen Einstellung keine leitende Stellung in der Volksgeldverwaltung eines Landes einnehmen könne. Auf der Grundlage des Vergleichs ist nunmehr diese Frage überhaupt ausgeschlossen worden. Ihre Entscheidung soll einem anderen Verfahren vorbehalten bleiben. Das Reichsinnenministerium verzichtet also darauf,















